20. Wahlperiode Drucksache 20/5175



HESSISCHER LANDTAG

24. 02. 2020

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten Gedenkstätte Hadamar unterstützen – gemeinsame Verantwortung wahrnehmen

Der Landtag wolle beschließen:

- Die Ermordung von kranken und behinderten Menschen während des NS-Regimes, die mit dem beschönigenden Begriff der "Euthanasie" verschleiert wurde, ist ein widerliches Verbrechen, das mit Heimtücke und Niedertracht tausendfach ausgeübt wurde. Gedenkstätten, die an die Verbrechen während des NS-Regimes erinnern, sind ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur. Als Zeugnis für die Aktion T4 und die sogenannte dezentrale Euthanasie ist die Gedenkstätte Hadamar unverzichtbarer Bestandteil dieser Erinnerungskultur. Die Gedenkstätte ist für viele Opferfamilien aber nicht nur ein Ort des Erinnerns, sondern auch der Trauer. Ein Besuch der Gedenkstätte stößt generationenübergreifend die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen an und stärkt die kritische Beschäftigung mit geltenden Normen wie Normalität und Devianz in der Gegenwart. Der Landtag bekräftigt daher, dass die Gedenkstätte Hadamar als besonderer Standort in einem Geflecht von Unrechtsorten in Hessen weiter gestärkt werden sollte.
- 2. Der Landtag würdigt die bisherigen Anstrengungen insbesondere des Landeswohlfahrtsverbandes für die Gedenkstätte Hadamar. Dies spiegelt sich bis heute in den gestiegenen Besucherzahlen wider. So erhöhte sich die Anzahl der Besucherinnen und Besucher zwischen 2013 und 2019 um über 33 %. Diesem gestiegenen Interesse an einem Gedenkstättenbesuch im Bewusstsein historischer Verantwortung trägt der Landeswohlfahrtsverband mit der Neukonzeption der Gedenkstätte Hadamar besonders Rechnung.
- Der Landtag würdigt die finanzielle Unterstützung des Landes und des Bundes bei der Neukonzeption der Gedenkstätte Hadamar und begrüßt darüber hinaus die mit dem Landeshaushalt 2020 gestiegene institutionelle Förderung.
- 4. Der Landtag betont, dass die Gedenkstätte Hadamar für die Aufarbeitung der reichsweiten Krankenmorde bei der Aktion T4 sowie der dezentralen Euthanasie eine besondere Rolle spielt. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema wurde in den vergangenen Jahren intensiviert, was auch an den zahlreichen wissenschaftlichen Studien und Anfragen von Angehörigen an die Gedenkstätte abzulesen ist. Der Landtag hat durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln den Weg geebnet, dass die Geschichte des Zusammenspiels der Zwischenanstalten und der dezentralen Euthanasie noch weiter erforscht werden kann. Die Neukonzeption der Gedenkstätte Hadamar berücksichtigt gewonnene Forschungserkenntnisse. Didaktisch verfolgt die Neukonzeption der Gedenkstätte einen exemplarischen Ansatz, der auf Opferbiografien ebenso wie Biografien von Täterinnen und Tätern aufbaut, um die Vielschichtigkeit nationalsozialistischer Verbrechen sichtbar zu machen. Methodisch umfasst sie Erkenntnisse der Gedenkstättenpädagogik wie beispielsweise die Barrierefreiheit der Angebote und deren Multimedialität, die einen veränderten Zugang von Besucherinnen und Besucher einbezieht.
- 5. Der Landtag unterstützt das Vorhaben des Landeswohlfahrtsverbandes, im Kontext der Neukonzeption auch Angebote im digitalen Raum zu schaffen. Der Landtag begrüßt es daher, dass in einem ersten Schritt von der Landeszentrale für politische Bildung 2021 die Digitalisierung der pädagogischen Arbeit vor Ort mit 100.000 € unterstützt wird.

- 6. Der Landtag unterstützt den Landeswohlfahrtsverband bei der Überlegung, langfristig das Gesamtensemble der Gedenkstätte, insbesondere den angrenzenden Friedhof, intensiv in seine Arbeit miteinzubeziehen.
- 7. Der Landtag unterstützt die Initiative, den Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in den Kerncurricula zu verankern. Es ist zu erwarten, dass eine solche Empfehlung in den Kerncurricula unter anderem die Besucherzahlen in Hadamar weiter steigen lassen. Um das Interesse an einem Gedenkstättenbesuch pädagogisch verantwortlich abfedern zu können, fordert der Landtag die Landesregierung auf, die Anzahl der Deputatsstunden hessischer Lehrkräfte in Hadamar angemessen zu erhöhen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. Februar 2021

Für die Fraktion der CDU Die Fraktionsvorsitzende: Ines Claus

Für die Fraktion der SPD Die Fraktionsvorsitzende: Nancy Faeser Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Der Fraktionsvorsitzende: **Mathias Wagner (Taunus)**

> Für die Fraktion der Freien Demokraten Der Fraktionsvorsitzende: René Rock